

## **Aus der Sitzung des Bürgerrats vom 2. Februar 2021**

*Der Bürgerrat hat an seiner Sitzung vom 2. Februar 2021 u.a. über folgende Geschäfte beraten beziehungsweise folgende Beschlüsse gefasst.*

Das Gremium hat sich mit der Beantwortung einer kleinen Anfrage aus dem Parlament befasst, in der sich Alex Klee (SP) nach der behindertengerechten Zugänglichkeit des Stadthauses und nach allfälligen damit verbundenen Baukosten erkundigt.

Wie es zu den Aufgaben des Bürgerrats gehört, hat er über die Aufnahmen ins Bürgerrecht der Stadt Basel entschieden. Es sind die Gesuche von sechs Schweizerinnen und Schweizern sowie von 69 aus dem Ausland stammenden Personen gutgeheissen und den zuständigen Instanzen zur Weiterbehandlung empfohlen worden. Eine Person wurde auf ihren Wunsch im Zuge einer Entlassung aus dem Schweizer Bürgerrecht mit der Zustimmung des Bürgerrats auch aus dem Basler Bürgerrecht entlassen.

Als Folge eines Anzugs von Grossrätin Beatrice Isler (Die Mitte) hat per 1. Januar 2021 nun auch der Kanton die Einbürgerungsgebühren für junge Schweizerinnen und Schweizer temporär reduziert. Dies im Rahmen der Aktion #ybaslere, die die Bürgergemeinde (BG) 2020 initiiert hat.

Wie die BG hat auch der Kanton eine Laufzeit von zwei Jahren beschlossen, diese beginnt beim Kanton nun allerdings ein Jahr später. Um die Gebührensenkung zwischen kommunalem und kantonalem Recht zu harmonisieren, hat der Bürgerrat beschlossen, die Geltungsdauer des #ybaslere-BG-Angebots bis Ende 2022 zu verlängern. So kostet eine Einbürgerung die jungen Leute derzeit insgesamt CHF 250.

Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat am 20. Januar die Wiederaufnahme des sogenannten «Dreidrittel-Rettungspakets» für die Mieterinnen und Mieter von Geschäftsliegenschaften beantragt.

Nachdem die BG in der ersten Coronawelle sich als Vermieterin an der freiwilligen Aktion beteiligte, bei der sie auf einen Drittel der entsprechenden Mieteinnahmen verzichtete, sollen nun beim zweiten Paket gemäss Grossratsvorlage die Bürger- und Einwohnergemeinden Basel, Riehen und Bettingen vom «Dreidrittel-Rettungspaket» ausgeschlossen werden. Der Bürgerrat teilt diese Auffassung aus verschiedenen Gründen nicht; an der Sitzung wurde das weitere Vorgehen besprochen.

Zur Sprache kam auch die Rechnungslegung im Jahresbericht: In den letzten Jahren wurde im Abschluss des BSB, des Waisenhauses sowie der Zentralen Dienste auf jeweils einheitliche Weise auf die Forderung der Pensionskasse Basel-Stadt (PK BS) hingewiesen, es wurden dafür jedoch keine Rückstellungen gebildet.

Der Bürgerrat hat nun festgelegt, dass die Forderung auch im Jahresbericht 2020 im Anhang zur Jahresrechnung transparent aufgezeigt wird, weiterhin aber keine Rückstellungen zu bilden sind.

Wie immer kam auch dem Informationsaustausch zwischen den verantwortlichen Bürgerrätinnen und Bürgerräten für die Institutionen BSB und Waisenhaus, die Zentralen Dienste, den Bereich Einbürgerungen sowie für die Christoph Merian Stiftung eine wichtige Rolle zu.

*Für weitere Auskünfte steht Dr. Lukas Faesch, Präsident des Bürgerrats, zur Verfügung (079 358 50 05).*